

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 47 (2023)
Heft: 3

Rubrik: Keine Kürzung der Bundesgelder für unser Volk!

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Kürzung der Bundesgelder für unser Volk!

Stellungnahme der Radgenossenschaft

Der Bund will gemäss der «Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2025 bis 2028» die Fördergelder für Jenische und Sinti kürzen. Um 7 Prozent über das Ganze gesehen, im Vergleich einzelner Jahre um bis zu einer halben Million von 1,7 Millionen auf 1,2 Millionen. Das betrachtet die Radgenossenschaft als massive Kürzung. Es handelt sich im Budgetplan des Bundesamtes für Kultur um die einzige thematisch orientierte Kürzung, andere Beiträge sind stabil oder werden erhöht. Das heisst: Geld wird offenbar umgeschichtet.

Ins Bild passt leider, dass der Bund die Radgenossenschaft als seine Partnerorganisation nicht einmal informiert hat. Das Bundesamt für Kultur sagt auf Nachfrage, die Kürzung betreffe jenen Teil des Kredits, der für den Bau von Halteplätzen vorgesehen gewesen sei. Mangels Nachfrage seitens von Kantonen und Gemeinden sei dieser Teil des Kredits in den vergangenen Jahren nicht ausgeschöpft worden und werde darum an den effektiven Bedarf angepasst.

Die «Nachfrage seitens von Kantonen und Gemeinden» ist keine Grösse jenseits der Politik, sie lässt sich anregen und fördern. Im Klartext heisst diese Kürzung, dass der Bund nachlassen wird in seinen Bemühungen, zu denen er gemäss Minderheitenschutzabkommen verpflichtet ist, nämlich beizutragen zur Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen und damit zum Schutz der traditionellen Lebensweise der anerkannten nationalen Minderheit der Jenischen und Sinti. Die symbolische Bedeutung dieses Rückschritts und die Wirkung auf die Öffentlichkeit sind verheerend. Kantonale Behörden und Kommunen werden denken: «Jetzt muss man mit den Plätzen sowieso nicht mehr vorwärtsmachen.»

Die Radgenossenschaft sieht diese Kürzung als unbegründet an. Der Bund hätte genug zu tun: Er müsste sich engagieren für die Schaffung bestehender Plätze, müsste sein Angebot der finanziellen Unterstützung auch öffentlich bekannt machen – bisher sind die genauen Kon-

ditionen jedenfalls der Radgenossenschaft nicht bekannt. Er müsste auf die Kantone Solothurn oder Schwyz zugehen und sie mit finanziellen Angeboten ermutigen, Plätze zu schaffen. Er müsste die Sanierung bestehender Plätze fördern – Wädenswil, Winterthur müssen mit neuen Installationen versehen und winter sicher gemacht werden. Er müsste mit etwas Fantasie den Gemeinden anbieten, Zirkusplätze für Gruppen von Jenischen und Sinti nutzbar zu machen. Er müsste einen juristischen Prozess wie jenen in Thal (SG) zur Schaffung eines Durchgangsplatzes besonders unterstützen. Er müsste Instrumente zur Förderung des Spontanhaltes auf Privatland entwickeln, etwa durch das Angebot an Bauern, mobile Toiletten und die Ausrüstung mit Wasser auf dem Terrain zu finanzieren.

Stattdessen vernehmen wir die billige Erklärung: Die Kantone rufen das Geld nicht ab. Wir sagen: Der Bund selber muss sich bewegen. Die Radgenossenschaft fordert, dass diese Kürzung der Beiträge an die Jenischen und Sinti zurückgenommen wird.

Die Radgenossenschaft

Probleme mit Plätzen

Seit Jahren sollte der Platz im Gerenholz bei Wädenswil ZH saniert und vergrössert werden. Seit Jahren passiert nichts. Stattdessen wird der Platz als Abstellplatz für Wagen von Rösselern und als Deponie der Stadt missbraucht. Ein Brief der Radgenossenschaft an die Stadt ist nicht einmal beantwortet worden. Und dann der Clou. Die Stadt veranstaltet im Juni 2023 ein Festival, auf dem Platz werden Bühnen und Buden aufgestellt. Angeblich hat man sich mit allen Beteiligten abgesprochen. Alles also im grünen Bereich. Nur: Mit der Radgenossenschaft als Vertreterin der Jenischen und als rechtmässige Nutzerin des Platzes hat man nicht gesprochen. Die Radgenossenschaft ist beim Kanton vorstellig geworden. Der verspricht: Jetzt soll etwas gehen.



Als Festplatz missbrauchter Durchgangsplatz mit Bühneninstallationen.